
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 21/3 (1994)

DOI: 10.11588/fr.1994.3.59070

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

Anders als in den bereits publizierten Büchern über den französischen Anarchismus versucht Caruchet hier weniger, die Fakten und Taten des Protagonisten festzuhalten und zu analysieren, sondern vielmehr, Verständnis und Einfühlungsvermögen beim Leser zu wecken. Jacob war kein Dieb, der zu faul zum Arbeiten war, seine Philosophie und Lebensaufgabe waren der Illegalismus. Caruchet versucht auch nicht, Jacobs Taten zu entschuldigen. Sein Ziel ist es, den Leser für das Elend der Vorkriegsjahre zu sensibilisieren, damit er die bis heute oft negativ gesehenen Phänomene wie Arbeiterbewegung und Generalstreik, oder eben Anarchismus aus dem Blickwinkel des damaligen Arbeiters sieht und deren Notwendigkeit erkennt.

Daß Jacob kein gewöhnlicher Dieb war, zeigt Caruchet unter anderem in Jacobs Kampf um ein menschengerechtes Leben auf Guyana und die Möglichkeit, nach abgessener Strafe wieder einen Platz in der Gesellschaft zu erhalten, den er selber, nachdem er dank der Initiative seiner Mutter nach 25 Jahren Strafkolonie begnadigt wurde, nur bedingt zurückerhielt, nachdem er seinen Vornamen auf Marius geändert hatte. Obwohl Jacob die meiste Zeit seines Lebens in unterirdischen Kekern auf Guyana verbracht hatte, gab er seine Hoffnung für eine gerechtere Welt niemals auf. Noch im spanischen Bürgerkrieg kämpfte er gegen die faschistischen Verbündeten Francos und gab seinen Kampf erst dann auf, als er, alt und krank, die Kraft nicht mehr hatte, selber zu militieren. Gemäß seiner Prinzipien schied er mit 75 Jahren aus der Welt, als Herr über seine eigene Existenz, der alleine das Recht hat, über sich zu verfügen; durch Selbstmord.

Gitta HULIK, Paris

Heidrun HOMBURG, Rationalisierung und Industriearbeit. Arbeitsmarkt – Management – Arbeiterschaft im Siemens-Konzern Berlin 1900–1939, Berlin (Haude & Spener) 1991, XXIII–806 S. (Schriften der Historischen Kommission zu Berlin, 1: Beiträge zu Inflation und Wiederaufbau in Deutschland und Europa 1914–1924).

Das Problem der betrieblichen Rationalisierung, das heißt die rechnerische Durchdringung der Arbeits- und Produktionsprozesse sowie ihre planvolle, auf Kostensenkung zielende Organisation, gehört zu den wichtigsten betriebswirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Themenbereichen des modernen Industriezeitalters. Bereits vor dem Ersten Weltkrieg hatten »Taylorismus« und »Fordismus« das Interesse der Europäer auf sich gezogen, und das Kalkulationsbüro gewann auch in Deutschland gelegentlich an Bedeutung. Daß freilich die betriebliche Rationalisierung als größere Bewegung erst nach 1918 die deutsche Großindustrie erfaßte, ist bekannt und schon häufiger zum Gegenstand historischer Untersuchungen gemacht worden. Indessen mangelt es an Studien, die sich, ausgehend von einer empirisch gesicherten Basis, darum bemühen, Tragweite, Charakter und soziale Realität der betrieblichen Rationalisierung konkret zu erfassen. In dieser Hinsicht stellt Homburgs ebenso voluminöse wie hervorragende Studie, die in weiten Teilen auf eine Bielefelder Dissertation aus dem Jahre 1982 zurückgeht, einen bedeutsamen Fortschritt dar.

Im Mittelpunkt der Untersuchung steht zunächst ein spezieller, allerdings zentraler Bereich der betrieblichen Rationalisierung, nämlich die Bewirtschaftung der menschlichen Arbeitskraft. Konzentriert auf die Berliner Werke des Siemens-Konzerns, untersucht die Autorin die verschiedenen betrieblichen Strategien, die angewandt wurden, um die Dispositionsspielräume über den Produktionsfaktor der menschlichen Arbeit zu erweitern. Aufgrund des weitgefaßten Untersuchungszeitraums wird betriebliche Rationalisierung, was die politisch-soziale Verfassung betrifft, unter dem Einfluß grundlegend differenter Bedingungen untersucht: Während vor 1914 der Staat kaum in die industriellen Arbeitsbeziehungen eingriff und die Unternehmen in der Regel einen scharf antigewerkschaftlichen Kurs verfolgten, entfaltete sich in der Weimarer Republik der moderne Interventionsstaat, und die Gewerkschaften wurden zu gleichberechtigten Tarifpartnern. Nach der nationalsozialistischen »Machtergrei-

fung* schließlich waren die Gewerkschaften als sozialer Widerpart der Unternehmen ausgeschaltet. Zugleich aber sahen sich die Unternehmen selbst zunehmend mit dem totalitären Herrschafts- und Gestaltungsanspruch der nationalsozialistischen Machthaber konfrontiert.

Besondere Tragweite gewinnt die Arbeit durch ihren analytischen Ausgangspunkt, daß es sich nämlich bei der betrieblichen Disposition über die menschliche Arbeitskraft um eine marktabhängige Variable der Produktionskosten handelte. Insofern als die »Ware« Arbeit auf einem regionalen Teilarbeitsmarkt – in diesem Fall Berlin – angeboten wurde und nachgefragt werden mußte, bestand eine durchgehende Interdependenz von Arbeitsmarkt und betrieblichem Arbeits- und Arbeitsmarktkalkül. Ausgehend von der Frage, mit welchen Determinanten die Betriebe der Berliner Metall- und Elektroindustrie bei ihren Rationalisierungsstrategien zu rechnen hatten, behandeln daher die Teile A und B, die zusammen rund ein Drittel der Arbeit ausmachen, die räumliche und soziale Struktur sowie die verbandliche Organisation des hier in Frage stehenden Teilarbeitsmarktes der Berliner Metall- und Elektroindustrie. Auf der Basis gedruckter Quellen beruhend, stellen sie gleichwohl bereits für sich genommen einen bedeutenden Beitrag zur Berliner Sozialgeschichte dar. Zum Teil über das hinausgehend, was insbesondere durch die historisch-sozialstatistische Arbeit von Berthold Grzywatz bekannt ist, bieten sie z. B. instruktive Einsichten in Gliederung und Hierarchie der Metallberufe. So wird deutlich, wie das Vordringen der modernen Werkzeugmaschinen, deren Beherrschung nicht mehr durch die traditionelle Handwerkslehre erlernt werden konnte, sondern eine neue Art der »Industrielehre« erforderte, bei den männlichen Arbeitern die herkömmliche Qualifikationsgrenze zwischen gelernter und ungelernter Arbeit verwischte und den neuen Typus eines »Industriefacharbeiters« entstehen ließ. Desgleichen erfährt man Neues über Struktur und Entwicklung des weiblichen Berliner Arbeitsmarktes, der bis in die zwanziger Jahre noch stark von der Bekleidungsindustrie bzw. den textilverarbeitenden Berufen geprägt war. Für die Rationalisierungsstrategien der Metall- und Elektroindustrie stellte der weibliche Teilarbeitsmarkt auch nach 1918 einen zunehmend wichtigen Faktor dar, ließen sich doch mit der Beschäftigung von Frauen als ungelernete Kräfte die Lohnkosten senken. Indessen wurde die bis in die späten dreißiger Jahre steigende Nachfrage der Metallindustrie nach weiblichen Arbeitskräften vorwiegend durch Umschichtung aus anderen Branchen befriedigt: Während das Beschäftigungsvolumen der Arbeiterinnen in der Bekleidungsindustrie schrumpfte, stieg desjenige in der Metallindustrie zwischen 1925 und 1939 um rund 50%.

Bei allem Bemühen um die Steigerung der Frauenbeschäftigung blieb die Berliner Elektroindustrie jedoch strukturell an den Berliner Arbeitsmarkt gebunden. Als »qualitativ arbeitsorientierte« Industrie mit ihren z. T. hochspezialisierten Arbeitsvorgängen war sie unverbrüchlich auf das traditionell hohe Qualifikationsniveau der Berliner Metallarbeiter angewiesen. Zusammen mit der nach 1918 mehr oder minder definitiv festgeschriebenen industriellen Standortbildung der Berliner Industrie bildete dies einen wesentlichen Ausgangspunkt für die nach dem Weltkrieg einsetzenden Rationalisierungsbemühungen. Soweit es sich dabei um die Bewirtschaftung der menschlichen Arbeit handelte, konstituierten die verbandliche Organisation und die »Vermachtung« des Berliner Arbeitsmarktes einen entscheidenden Bedingungs- und Umfeldfaktor betrieblicher Rationalisierungsstrategien. Indem sie einen detaillierten organisationsgeschichtlichen Überblick über die Entwicklung der Arbeitgeberverbände und der Berliner Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiterverbandes (DMV) gibt (Teil B), leistet die Autorin einen nützlichen Beitrag zur Berliner Verbands- und Gewerkschaftsgeschichte. Es gehört zu den großen Vorzügen der Arbeit, daß sie diese außerbetrieblichen Voraussetzungen der Rationalisierung, wie sie in der sozialen, räumlichen und verbandlichen Struktur des Berliner Arbeitsmarktes bestanden, ausführlich analysiert und damit das Rationalisierungshandeln eines einzelnen Unternehmens in einen weitgesteckten Kontext einfügt.

Vor diesem Hintergrund besteht der umfangreichste und ertragreichste Teil der Arbeit (Teil C) aus einer umfassend angelegten Fallstudie. Am Beispiel der Berliner Werke des Siemens-Konzerns, für die das Münchner Siemens-Archiv eine breite Quellenbasis zur Verfügung

stellt, wird der Komplex Industriearbeit und Rationalisierung eindringlich erforscht und dargestellt. Zwei grundlegende Zielrichtungen der nach dem Ersten Weltkrieg massiv einsetzenden Rationalisierungswelle werden dabei deutlich herausgearbeitet. *Erstens* suchte die Konzernleitung die Gestehungskosten im allgemeinen und die Personalkosten im besonderen zu senken. Seinen Niederschlag fand dies in einer umfassenden Reorganisation des gesamten Personalwesens, in der systematischen wissenschaftlich-rechnerischen Durchdringung und manageriellen Kontrolle der Arbeitsprozesse sowie in Standardisierung und technischer Innovation. Aber auch der Frage, welche Auswirkungen die solcherart gestaltete Rationalisierung auf die Struktur des Arbeitsmarktes und die Haltung der Arbeiter hatte, geht die Autorin nach. So kann sie zeigen, daß trotz verschiedentlich erkennbarer Dequalifikation die traditionell hochqualifizierten Facharbeiter in ihrem Selbstwertgefühl und Berufsstolz nicht grundsätzlich getroffen wurden. Wenn auch der Facharbeiter einerseits Objekt der Rationalisierung war, so ließ sich diese andererseits doch nur mit Hilfe seiner positiven Mitwirkung und Anteilnahme durchführen. Dies galt um so mehr, als die Rationalisierung zumindest in den zwanziger Jahren teilweise noch den Charakter eines »experimentellen« Prozesses aufwies, in dem sich Forschung, technische Innovation und Kalkulation verbanden. In diesem Prozeß war der Facharbeiter – beginnend mit den Arbeitszeitstudien – zugleich auch Subjekt der Rationalisierung. Solcher Statuswahrung des männlichen (Industrie-)facharbeiters entsprach auf der anderen Seite die »Kontinuität geschlechtsspezifisch segmentierter Arbeitsmärkte«. Zwar wuchs der – im Ersten Weltkrieg abnorm gesteigerte und fortan fluktuierende – Anteil der Frauen an der Belegschaft auch nach 1918 langfristig etwas an und erreichte gegen Ende der dreißiger Jahre einen neuen Höhepunkt. Doch kam es nach dem Ersten Weltkrieg zu keinem Zeitpunkt zu einer tatsächlichen Verdrängung der männlichen Facharbeiter durch billigere weibliche Arbeitskräfte. Vielmehr konzentrierte sich die Rekrutierung von Frauen auf entsprechende frauenspezifische Tätigkeitsbereiche, die je nach Konjunkturlage expandierten oder auch rasch abgebaut werden konnten. Das Angewiesensein auf die fachliche Expertise der männlichen Arbeiter wurde dadurch kaum berührt.

Gerade diese strukturelle Abhängigkeit vom hochqualifizierten Berliner Arbeitsmarkt bildete *zweitens* für das Unternehmen einen entscheidenden Impuls, sich um die langfristige betriebliche Bindung der Belegschaft zu bemühen. Nach Anfängen in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg, als u. a. der »gelbe« Siemens-Werkverein eine wichtige arbeitsmarktstrategische Rolle spielte, kam es nach 1918 zu einer Vervielfachung und Differenzierung der betrieblichen Sozialpolitik. Begünstigt durch die rasche Expansion der elektrotechnischen Industrie und bei insgesamt steigendem finanziellen Volumen trat neben die traditionellen Alters-, Invaliditäts- und Notfallhilfen eine breite Palette von Leistungen für Gesundheitspflege und Familienfürsorge, für Wohnungsbau und Freizeit. Hinzu kamen nach Status und Funktion differenzierte direkte finanzielle Zuwendungen und Prämien sowie verstärkt auch Leistungsanreize wie Qualifizierungs- und innerbetriebliche Karriereangebote. Hiermit versuchte man die seit Mitte der dreißiger Jahre notorisch knappen Facharbeitskräfte aufzuwerten und an den Konzern zu binden. Darüber hinaus hatten alle diese Maßnahmen auch eine gesellschaftspolitische Zielrichtung, insofern sie (zumindest bis 1933) als Gegenmodell zum Klassenkampfgedanken fungierten und auf eine Schwächung der gewerkschaftlichen Arbeitsmarktmacht zielten.

Beide Faktoren, die Senkung der Gestehungs- und Personalkosten sowie die arbeitsmarktstrategischen Maßnahmen der betrieblichen Sozialpolitik zeugen davon, daß die Rationalisierung vor allem ein Mittel war, spezifische Marktrisiken zu reduzieren. Durch die »Internalisierung von Marktfunktionen« in das Unternehmen und seine wissenschaftlich-planerische Kontrolle sollten externe Einflüsse auf die Produktion – seien sie konjunktureller, arbeitsmarktabhängiger oder politischer Art – möglichst weitgehend ausgeschaltet werden. Zentrales Anliegen der Industrie und ihrer Rationalisierungsstrategien blieb die »unternehmerische Verfügungsautonomie über Kapital und Arbeit unter privatkapitalistischem Vorzeichen«.

Zwar könnte man sich von der Arbeit eine noch etwas eingehendere Diskussion des einen oder anderen Aspekts wünschen wie etwa die Bedeutung des Ersten Weltkriegs für den Rationalisierungsprozeß oder die vielumstrittene Frage des Zusammenhangs zwischen Rationalisierung und Arbeitslosigkeit. Doch wäre es angesichts der beeindruckenden Fülle des ausgebreiteten und verarbeiteten Materials unangemessen, solche Desiderata allzu sehr zu betonen. Als problematischer mag man dagegen gelegentlich die argumentative Vermittlung zwischen den ersten beiden hinführenden Teilen und der Siemens-Fallstudie empfinden. Sofern es um die arbeitsmarktrelevanten Dimensionen der Rationalisierung geht, wird das inhaltliche Aufeinanderbezogensein der einzelnen Teile zwar deutlich. Doch ist dies nicht immer der Fall, und gelegentlich gewinnt der Leser fast den Eindruck, es beim dritten Teil mit einem »Buch im Buch« zu tun zu haben.

Solche Einwendungen sind jedoch marginal angesichts dessen, daß es sich bei Homburgs Arbeit, die überdies ausgesprochen gut lesbar ist, um einen fundamentalen Beitrag zur Erforschung der Rationalisierung handelt. Der integrale Ansatz erweist sich konkurrierenden Vorgehensweisen überlegen, die etwa das Gewicht vor allem auf die Debatte über die Rationalisierung legen oder ihre Fragestellung allzu sehr an den Prämissen der historischen Frauenforschung orientieren. In jedem Fall ist das von der Autorin selbstgesteckte Ziel, »den Nebel des programmatischen Redens über Rationalisierung zu durchstoßen«, überzeugend eingelöst worden.

Andreas WIRSCHING, München

Sous la direction de Jacques DUPÂQUIER et Denis KESSLER, *La société française au XIX^e siècle. Tradition, transition, transformations*, Paris (Fayard) 1992, 529 S.

Unter der Herausgeberschaft von J. DUPÂQUIER und D. KESSLER legen 11 weitere Autoren die ersten Ergebnisse der thematisch breit angelegten Auswertung von 3000 aus den Ehestandsregistern als repräsentativ ausgewählten Familien für das 19. Jh. vor. Neu sind die nationale Dimension und die allgemeine Tragweite der Ergebnisse sowie die Überwindung der sozialen Selektivität der Genealogieforschung. Die thematischen Schwerpunkte bilden Eheschließungen, Nachkommenschaft, soziale Mobilität, die Integration von Einwanderern und die Namenskunde. Fünf Beiträge setzen sich mit Eheschließungen und sozialer Mobilität auseinander. THÉLOT weist bei der Agrarbevölkerung diesbezüglich eine große Stabilität nach. BONNEUIL untersucht Eheschließungen unter dem materiellen und Altersaspekt. Beim Heiratsalter tritt eine Stadt – Land Trennungslinie auf. Sowohl in der Stadt als auch in den Randzonen Frankreichs wird spät geheiratet. Die Ausweitung der Altersschere bei Eheschließungen differenziert BONNEUIL regional. Im Süden ist sie am größten, im industriellen Nord-Osten und in der Loireregion fällt sie hingegen geringer aus. Überraschung birgt die widersprüchliche Auswirkung von Schulbildung und Berufstätigkeit bei der Heirat von Frauen. Während eine bessere Schulbildung ihnen den Bruch mit Traditionen und eine frühe Heirat ermöglicht, verzögert die Berufstätigkeit die Heirat städtischer Frauen. Mit der weiblichen Berufstätigkeit und dem sozialen Aufstieg setzen sich MOTTE und PÉLISSIER auseinander. Leider machten ca. 50% der Frauen aufgrund ihrer geringen Berufsidentität keine Angaben zu ihrem Beruf. Taten sie dies, dann bezeichneten sie sich v. a. im Westen und in der Rhône-Alpes-Region meist als Hausfrau. Die genannten Schwerpunktbereiche weiblicher Berufstätigkeit überraschen nicht. Eine Stadtmigration bedeutete für Frauen häufig einen sozialen Aufstieg. Die Heirat blockierte diesen Aufstieg dann.

Der sozialen Mobilität widmen sich DUPÂQUIER und PÉLISSIER, der geographischen Mobilität BLANCHET und KESSLER. Hohe berufliche Selbstrekrutierungsraten und eine starke Endogamie weisen die Landwirtschaft, der Haus- und Grundbesitz sowie das Handwerk auf, während die Neigung zur Endogamie im Gewerbe, bei Angestellten und Akademikern